

<http://www.derwesten.de/staedte/oberhausen/auch-in-oberhausen-droht-ein-aerztestreik-id7058416.html>

HONORAR-ERHÖHUNGEN

Auch in Oberhausen droht ein Ärztestreik

03.09.2012 | 20:26 Uhr



Die Ärzte verlangen eine Erhöhung ihres Honorars um 11 Prozent.

Foto: Joerg Koch

Die niedergelassenen Mediziner fordern Honorar-Erhöhungen, sonst könnte die Versorgung der Patienten leiden.

Die Honorar-Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen sind vorerst gescheitert, die Auseinandersetzungen gehen weiter. Noch halten sich die Oberhausener Ärzte mit Aktionen zurück, aber auch sie sind zum Streik bereit. „Wir werden die weiteren Verhandlungen abwarten. Wenn allerdings kein besseres Ergebnis erzielt wird, werden mit Sicherheit auch in Oberhausen Praxen zeitweise geschlossen bleiben“, erklärt Dr. Ulrich Kröll, Sprecher der Kassenärztlichen Vereinigung Oberhausen. Es sei vorstellbar, dass Ärzte vorübergehend nur noch eine Minimalversorgung sicherstellen oder Patienten direkt zur Behandlung an Kliniken verweisen würden.

„Wir werden von allen Seiten budgetiert, das merken auch die Patienten“, sagt Kröll. Schon jetzt müssten viele monatelang auf Termine warten, das Zeitfenster für Behandlungen sei eng – Besserung nicht in Sicht. „Diese Auseinandersetzung führen wir nicht, um reich zu werden, sondern um die ärztliche Versorgung aufrecht zu erhalten“, betont Kröll.

„An den Verhandlungstisch zurück“

Der Facharzt für Innere Medizin ärgert sich besonders über strenge Reglementierungen durch die Krankenkassen und knappe Budgets, die jedem Mediziner für die Grundversorgung eines Patienten zur Verfügung stünden. „Wer ernsthaft krank ist und öfter in die Praxis kommt, ist für einen Arzt finanziell eigentlich unattraktiv. Das kann doch nicht sinnträchtig sein.“ Wenn sich die Situation nicht ändere, könne die umfassende medizinische Versorgung nicht mehr gewährleistet werden. „Am Ende werden die Patienten darunter leiden.“

„Alle Beteiligten täten gut daran, sich an den Verhandlungstisch zu setzen“, sagt Helmut Termath, stellvertretender Regionalleiter der AOK. In Oberhausen pflegten Krankenkassen und Ärzte – „abseits der alltäglichen Probleme“ – schon jetzt ein gutes Verhältnis.

„Kein Patient in Oberhausen wird im Notfall unversorgt bleiben“, versichert Barmer-Geschäftsführer Dietmar Zehentner. Akut Erkrankte müssten im Falle eines Streiks kurzzeitig einen anderen Arzt aufsuchen. Zu befürchten sei aber, dass reguläre Termine weiter nach hinten geschoben würden. Für das Anliegen der Ärzte habe er durchaus Verständnis, deren Terminwahl aber hält Zehentner für politisches Kalkül: „Die Ärzte stellen ihre Forderungen in diesem Jahr, weil im nächsten Jahr Bundestagswahl ist und sie die Politiker zum Handeln zwingen wollen.“

Üppiges Einkommen

Die Ärzte verlangen eine Erhöhung ihres Honorars um 11 Prozent, zugesprochen wurde ihnen bisher eine Anhebung um 0,9 Prozent – laut Zehentner eine unüberlegte Entscheidung. „Es hätte vernünftig zu Ende verhandelt werden müssen. Ich denke nicht, dass es bei 0,9 Prozent bleibt. Die Ärzte werden vermutlich einen Nachschlag bekommen.“

Tatsächlich sei die Situation in Oberhausen für Mediziner schwierig, hätten sie es doch vorwiegend mit Kassenpatienten zu tun. „Das Einkommen der meisten Ärzte ist aber durchaus üppig“, sagt Zehentner. Zwar sei der Gewinn von der Fachrichtung des Arztes abhängig, in vielen Fällen stünden am Ende des Jahres aber rund 130.000 Euro brutto auf dem Gehaltszettel.

„Die Krankenkassen rechnen die Ärztegehälter schön“, beklagt dagegen Allgemeinmediziner Dr. Albrecht Müller, Mitglied des Qualitätsnetz Oberhausener Ärzte. Die Erhöhung um 0,9 Prozent sei „ein Witz, insbesondere, da die Krankenkassen momentan Geld horten“. Bei der Forderung nach Honorarerhöhungen um bis zu 11 Prozent gehe es weniger um das Einkommen des einzelnen Arztes, sondern um die angemessene Versorgung der Patienten.

„Ein Hausarzt in Oberhausen bekommt für die Grundversorgung eines Patienten momentan ungefähr 36 Euro pro Quartal“ – anderen Fachärzten stehe noch weniger zur Verfügung. Für die Zukunft fürchtet Müller daher „fatale Auswirkungen für die ärztliche Versorgung“.

Akbrocks